



„Haushaltsrede zur Verabschiedung des Haushalts 2015

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Dr. Kordfelder,
Sehr geehrter Herr Stadtkämmerer Krümpel,
Sehr geehrte Damen und Herren des Rates,
Sehr geehrte Damen und Herren der Presse und
Besucherinnen und Besucher dieser Ratssitzung,

„Nichts ist so beständig wie der Wandel“ – dieser Spruch des Heraklit von Ephesus (540 – 480 v.Chr) beinhaltet, oberflächlich betrachtet für viele konservative Menschen etwas Gefährliches, denn viele konservative Menschen wollen ja, wie es ihrem Programm entspricht, etwas konservieren. Und so bekämpfen sie den Wandel, der ihrem Programm entgegensteht.

Was aber ist, wenn der konservative Mensch seine Weltanschauung nicht nur auf die letzten 5 oder 10 Jahre oder 20 Jahre seines Lebens richtet, sondern seine bewahrenden Bemühungen in den Dienst des großen Ganzen des Lebens stellt? Ja, wenn er die

Werte, die ihm wichtig sind für unser aller Zusammenleben, weit über seinen aktuellen Lebensbezug stellt – in Zeitabschnitte, die beispielsweise nur in Generationen zu messen sind? Dann ist dieser Mensch kein Struktur-konservativer, dann ist er ist ein Wert-konservativer Mensch. Wir GRÜNE sind Wertkonservativen. Von Beginn der GRÜNEN an war und ist es unser Ziel, die Schöpfung zu bewahren.

Um Werte zu bewahren, ist ein Haushalt aufzustellen, der so solide ist, dass er nachfolgende Generationen nicht in ihren Möglichkeiten einschränkt, eben ein generationengerechter Haushalt. An dieser Stelle, in dieser Frage haben wir uns nach der Kommunalwahl im letzten Mai mit der CDU getroffen.

Den Haushalt einer Stadt zu verabschieden, ist die Königsdisziplin des Rates. Wenn ein Rat dieses Budgetrecht aus der Hand gibt, gibt er seine oberste Gestaltungsmöglichkeit für das Gemeinwesen aus der Hand. Nicht nur das: Die Rechte des Rates als demokratisch gewähltes Gremium einer Stadt würden ausgehöhlt. So würde dann auf Dauer auch die Demokratie ausgehöhlt. Das ist nicht unser Ziel.

Grüne und CDU haben in ihren 4 Monate dauernden Gespräch, die zur Kooperationsvereinbarung Anfang Oktober geführt haben, und in den sich anschließenden Gesprächen zur Aufstellung des Haushalts festgelegt, dass es sich für uns verbietet, so weiter zu wirtschaften wie bisher. Die unvorstellbare Summe von über 100 Millionen Euro ist in den letzten 10 Jahren an

Eigenkapital verzehrt worden – Vermögen, das unserer Stadt, d.h. uns allen gehörte. Das strukturelle Defizit von geplanten 9,6 Millionen Euro im Jahr 2014 schnellte im Herbst des vergangenen Jahres auf mehr als 13 Millionen Euro hoch, was unseren Kämmerer veranlasste, eine Haushaltssperre zu erlassen. An dieser Stelle möchte ich Ihnen, Herr Krümpel, den Dank meiner Fraktion für Ihr entschlossenes Handeln aussprechen. Sie haben die Gefahr erkannt und haben sofort gehandelt.

Uns ist dann in den Beratungen klar geworden, dass aufgrund von mittel- bis langfristigen vertraglichen Bindungen zwischen Stadt und Vereinen, Verbänden und Institutionen nicht in dem kurzen, uns zur Verfügung stehenden Zeitraum Einsparungen im Haushalt umsetzbar waren. Wir haben uns allerdings an den Stellen, an denen wir schon jetzt Einsparungen vornehmen konnten, mit unseren Kürzungsvorschlägen durchgesetzt – gegen die Stimmen der anderen Fraktionen, insbesondere auch bei Stellenstreichungen in der Verwaltung gegen die Stimmen der FDP. So konnten zum Beispiel bei der EWG mehr als 130 Tausend Euro, bei der Grünpflege mehr als 400 Tausend Euro, bei der Streichung des LOB für Beamte 180 Tausend Euro im Haushalt eingespart werden. Wir haben in der Kürze der uns zur Verfügung stehenden Zeit den Haushalt um rund 800 Tausend Euro entlastet.

Feststellen mussten wir jedoch auch, dass ohne eine Erhöhung der Grundsteuern die Haushaltssicherung sehr real drohte. Das wollten, ja, das – so ist meine und unsere feste GRÜNE Überzeugung – mussten wir

vermeiden. Wir haben aber als Rettungsmaßnahme für den Haushalt nicht nur die Grundsteuern erhöht: Wir haben auch für viele Bereiche Prüfaufträge an die Verwaltung erteilt. Unser Ziel ist die Einsparung von 10 Millionen Euro in 10 Jahren. Was in den letzten Jahren versäumt wurde und wozu der politische Wille oder die politische Kraft offensichtlich fehlte, nämlich einmal beschlossene Strukturen auf den Prüfstand zu stellen und zu hinterfragen, das haben wir uns als schwarz-grüne Kooperation vorgenommen. Hierfür braucht es die Kraft, die wir haben.

Hier nur einige der vielen Fragen, die aus unserer Sicht zu stellen und nach verantwortungsvoller Abwägung politisch zu beantworten sind:

Warum besitzen unsere Stadtwerke eigentlich Parkhäuser?

Warum unterhalten wir drei Bäder?

Wie viel städtisches Geld fließt in die Unterstützung des Sports?

Wozu unterhalten wir ein Stadtbibliothek?

Warum betreiben wir mehrere Museen und eine Musikschule und bieten ein Theaterprogramm?

Warum gibt es bei uns drei Träger der Weiterbildung?

Welche Standards leisten wir uns im Sozialbereich?

Warum unterhalten wir bei immer weniger Kindern so viele Spielplätze?

Warum hat sich der personelle Aufwand für die offenen Jugendarbeit nicht verändert, obwohl doch Kinder und Jugendliche heute viel länger in der Schule sind?

Die hier gestellten Fragen betreffen zum großen

Teil Aufgaben, die wir als Stadt freiwillig leisten. Daneben gibt es viele Pflichtaufgaben, die uns als Stadt mehr und mehr Kosten aufbürden, bei denen der Gesetzgeber, gleich ob Land oder Bund gegen das Konnexitäts - Prinzip verstoßen. Jetzt bezahlen wir die Musik, die wir nicht bestellt haben. Auch hier wollen wir prüfen, ob wir an Standards gebunden sind oder ob es hier nicht Spielräume gibt die uns bei der Konsolidierung des Haushalts helfen.

Über viele, viele Jahre wurden Strukturen in unserer Stadt geschaffen, die zumindest zum Zeitpunkt ihres Entstehens ihre Berechtigung hatten. Viele dieser Strukturen werden auch heute noch sinnvoll sein. Aber es ist angesichts unserer prekären Haushaltslage an der Zeit, ohne Wenn und Aber alles auf den Prüfstand zu stellen. Das ist die Aufgabe, der wir uns stellen.

Peter Lüttmann, unser gerade gewählter Bürgermeisterkandidat, hat versprochen, die Bürgerschaft zu beteiligen an dieser Diskussion. Wir unterstützen seinen Vorschlag, schon jetzt die Strukturen für die Erstellung eines Bürgerhaushalts zu diskutieren, der diesen Namen auch wirklich verdient hat.

Wir haben den Proteststurm gegen die Erhöhung der Grundsteuern A und B zum Teil zwar erwartet, aber nicht in dieser Unsachlichkeit, nicht in dieser Unkenntnis der Sachlage und auch nicht in dieser Geringschätzung des Gemeinwohls. Was uns offensichtlich nicht gelungen war, so möchte ich an

dieser Stelle selbstkritisch anmerken, ist, die zwingende Notwendigkeit der Erhöhung und das Gesamtpaket der von uns eingeleiteten Maßnahmen ausreichend zu kommunizieren. Das war ein Defizit – das aber nichts daran ändert, dass die Maßnahme selbst im wahrsten Sinne des Wortes Not-wenig war.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf das Handeln der Fraktionen von AFR und FDP näher eingehen. Beide Fraktionen haben sich ja mit Vehemenz gegen die Erhöhung der Grundsteuern gestellt, ohne dass von beiden ernstzunehmende Vorschläge zur Einsparung gemacht worden wären. Nicht nur das: Da, wo wir Einsparungen vorgenommen haben, haben sowohl FDP als auch AfR oft dagegen gestimmt. Denjenigen, die bereits in der letzten Periode diesem Rat angehörten, ist sicher noch gut in Erinnerung, wie Herr Ortel für die AfR Jahr für Jahr achselzuckend in seinen Haushaltsreden anmerkte, es sei eben so, wie es sei; wir könnten ja ohnehin nichts machen. Als ob der Haushalt einer Stadt im Letzten nicht von denen aufgestellt wird, die ihn auch verabschieden!

Die Rolle, die die FDP in diesem ganzen Verfahren spielt, ist mehr als unredlich. War denn nicht diese FDP mit ihrem EWG-Aufsichtsratsvorsitzenden Holtel eine treibende Kraft hinter den Entscheidungen, die Kosten für die EWG auf schwindelerregende 1,3 Millionen Euro zu treiben? Und dann wäscht sich Ihr junger Parteivorsitzender die Hände in Unschuld, als ob er von nichts wisse, und betreibt in nicht für möglich gehaltener Art und Weise eine übel ignorante Kampagne gegen die Grundsteuererhöhung – letztlich

aber gegen die Sicherung der Finanzhoheit im eigenen Hause! Da maßt sich jemand, der nicht einmal die einfache Prozentrechnung beherrscht, an, sich kompetent zum Haushalt äußern zu können; da hält jemand, der offensichtlich keinerlei Ahnung vom Grundwesen von Steuern hat, einen Fachvortrag zu Steuern vor versammelten Haus- und Grundbesitzern, da lehnt seine Partei durchweg alle Einsparungsvorschläge ab und mobilisiert dann die Menschen mit falschen Zahlen und Halbwahrheiten. Solch geschwätzige Doppelzüngigkeit und solch populistische Doppelgesichtigkeit wird dem Ernst der Aufgaben, vor denen dieser Rat steht, gerade nicht gerecht.

Peter Lüttmann hat den Vorschlag unterbreitet, für unsere Stadt einen Bürgerhaushalt aufzustellen, der diesen Namen auch verdient. Wir sollten nun nicht – nach unter Schülern und Studenten weit verbreitetem COPY&PASTE-System – bei anderen Städten ganz anderen Zuschnitts einfach abkupfern, was die machen, sondern verantwortungsvoll und in Rückkoppelung mit der Bürgerschaft die für Rheine beste Variante erarbeiten.

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrter Herr Kämmerer,
in den letzten Jahren haben wir GRÜNE in diesem Rat konsequent mit dem Hinweis auf die desolante Haushaltslage die Haushalte der Stadt abgelehnt. Unsere Kritikpunkte waren unter anderen die

Kostenexplosion bei der EWG und die Personalausgaben im Weiterbildungsbereich; wir haben Ausweitungen des Stellenplans abgelehnt, wir haben uns gegen die Installierung von Safe & Co gewandt, und wir wollten bei der Grünpflege einsparen. Wir waren fast immer die Einzigen, die auf die Gefahr der drohenden Haushaltssicherung hingewiesen haben, wenn wir so weiter wirtschaften würden wie bisher wie bisher. Es hat alles nichts gefruchtet – wir kamen uns vor wie einsame Rufer in der Wüste. Da ist es umso bedauerlicher, dass all diese Argumente nicht nur von der Ratsmehrheit ignoriert, sondern offensichtlich auch von all denen nicht einmal wahrgenommen worden sind, die sich jetzt so lauthals darüber empören, dass wir – endlich – mit der Haushaltskonsolidierung ernst machen.

Heute werden die GRÜNEN nach vielen Jahren erstmals wieder einem Haushalt unserer Stadt zustimmen. Nicht dass wir meinen, wir hätten schon mit diesem Haushalt die Generationengerechtigkeit, wie wir sie anstreben, erreicht. Wir sind aber mit der CDU als einem Partner unterwegs, der dieses Ziel jetzt mit uns teilt. Gemeinsam haben wir die Kraft und den Willen zur Veränderung. Deshalb kann uns gemeinsam das große Projekt, unseren Haushalt zu konsolidieren, gelingen. Sollte das nicht uns allen – hier im Ratssaal, hier im gesamten Rathaus, aber auch in der ganzen Bürgerschaft – vorrangig am Herzen liegen?

Die online-Petition habe den positiven Effekt gehabt,

Haushaltsfragen in der politischen Agenda endlich an die Stelle zu bringen, auf die sie auch gehörten, hat Peter Lüttmann letzten Freitag gesagt: nämlich auf Platz 1. Wir können dem nur zustimmen. Lassen Sie mich daher schließen mit einer Bemerkung von Karl Konermann, dem langjährigen Vorsitzenden unseres Verkehrsvereins. Der meinte nämlich, als es um die Frage ging, wie laut es in der Politik überhaupt zugehen dürfe, verschmitzt: „Geräuschlos fährt ein Fahrzeug immer nur bergab.“ Lassen Sie uns in diesem Sinne alle den Lärm um die Petition als Weckruf nehmen, uns aufzuraffen aus dem allzu ruhigen Trott eines verhängnisvollen Weiter-So! Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, verantwortungsvoll das festzulegen, was unverzichtbar ist. Was uns darüber hinaus wünschenswert erscheint und was wir uns leisten können. Und – was wir uns eben nicht mehr leisten können. All diese Anstrengungen machen aber nur Sinn, solange wir finanziell noch Herr im eigenen Hause sind – das dürfen wir nie vergessen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Michael Reiske